

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke/BSG und die Fraktion der SPD im Rat der Stadt Celle beantragen folgende Resolution zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Celle sieht die momentanen Verhandlungen zu den internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA außerordentlich kritisch. Der Verhandlungsprozess ist in hohem Maße intransparent gestaltet und vernachlässigt damit auch die Rechte der kommunalen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie der gewählten Ratsfrauen und Ratsherren auf kommunaler Ebene. Da die Verhandlungen zu Handelsabkommen unmittelbar den Einflussbereich der kommunalen Selbstverwaltung betreffen, ist größtmögliche Transparenz über das bestehende Verhandlungsmandat und zum Fortgang der Verhandlungen notwendig. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung, die Bundesregierung und auch das Europäische Parlament auf, sich gegenüber der Europäischen Kommission für diese Transparenz bei der Verhandlung von internationalen Abkommen einzusetzen.
2. Der Rat der Stadt Celle fordert die niedersächsische Landesregierung, die Bundesregierung und das Europäische Parlament auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Eingriffe in die kommunale Daseinsvorsorge aus den Verhandlungen zu TTIP, CETA und TISA sowie auch bei zukünftigen internationalen Handels- und Investitionsschutzabkommen grundsätzlich ausgeschlossen werden. Ebenso fordert der Rat der Stadt Celle die Landes- und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass kommunale, nationale und europäische Umweltschutz- und Sozialstandards durch geschlossene Abkommen jederzeit gewahrt bleiben werden.
3. Der Rat der Stadt Celle fordert die niedersächsische Landesregierung, die Bundesregierung und das Europäische Parlament auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Schiedsgerichtsverfahren jetzt und in Zukunft keinen Bestandteil internationaler Handelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA bilden. Schiedsgerichtsverfahren haben das Potential, im Streitfall die Rechtsstaatlichkeit auszuhebeln und die grundgesetzliche Selbstverwaltungsgarantie aus §28, Absatz 2, Satz 1 massiv zu beeinträchtigen, und werden deswegen vom Rat der Stadt Celle grundsätzlich abgelehnt.
4. Aufgrund der Ankündigung der Europäischen Kommission, dass die Verhandlungen zu TTIP, CETA und TISA keine grundsätzlichen Änderungen mehr erfahren würden, fordert der Rat der Stadt Celle den niedersächsischen Landtag, den Bundestag und das Europäische Parlament auf, dem Ergebnis des aktuellen Verhandlungsprozesses nicht zuzustimmen. Vielmehr werden nie-

dersächsische Landesregierung, Bundesregierung und Europäisches Parlament angehalten, die Europäische Kommission aufzufordern, den Verhandlungsprozess unter der Maßgabe der oben genannten Punkte 1-3 neu zu beginnen, um faire und demokratisch legitimierte Handelsabkommen zu erreichen.

Begründung:

Aufgrund der möglichen breiten Auswirkungen, die Freihandelsabkommen auf kommunale Daseinsvorsorge, Ökologie, Landwirtschaft sowie soziale und kulturelle Angebote im kommunalen Raum haben werden, ist es angezeigt, dass auch der Rat der Stadt Celle – wie viele andere kommunalen Gebietskörperschaften in ganz Deutschland – sich kritisch zum aktuellen Verhandlungsprozess von TTIP, CETA und TISA äußert. Durch diese Resolution bekräftigt der Rat der Stadt Celle die unter anderem vom deutschen Städtetag geäußerten grundlegenden Voraussetzungen zur demokratischen Teilhabe der kommunalen Selbstverwaltung, welche einen Mindeststandard für die Verhandlung von aktuellen und zukünftigen Handelsabkommen bilden müssen.

Jürgen Rentsch
(Fraktionsvorsitzender)

Bernd Zobel
(Fraktionsvorsitzender)

Oliver Müller
(Fraktionsvorsitzender)